





Jede Verteilung wird durch Bekanntmachung in den Amtsblättern veröffentlicht.

§ 2.

Die Ausgabe der Karten erfolgt durch die Gemeindebehörde. Diese hat die Karten mit dem Gemeindestempel zu versehen. Anspruch auf Karten für Auslandsmehl hat jeder, soweit er nicht Brot selbstverfoger ist, für Auslandsfleisch und Fett, soweit er nicht Fleisch oder Fett selbstverfoger ist.

Kinder bis zu 6 Jahren haben nur Fleischkarten mit dem Ausdruck K zu erhalten. Auf solche Karten darf nur die Hälfte der jeweils festgesetzten Menge abgegeben werden.

Ausgeschlossen vom Bezug der Auslandslebensmittel sind nach besonderen Bestimmungen des Reichsernährungsamtes die schuldhaft Arbeitslosen und Teilnehmer an sogenannten wilden Streiks.

Ersatz für abhandengekommene Karten wird nicht gewährt.

II. Anmeldung.

§ 3. Haushaltungsvorstand.

Die Einfuhrzulasskarten lauten auf den Namen des Inhabers. Jeder Haushaltungsvorstand hat die ihm übergebenen Karten auf dem Anmeldebchein und Kontrollschein mit seinem Namen und Wohnort zu versehen.

Er kann seine Karten zur Belieferung mit Auslandsmehl und Auslandsfett bei einem von ihm selbst zu bestimmenden Händler, welcher innerhalb des Bezirkes der Amtshauptmannschaft Meissen oder Meissen-Stadt wohnhaft ist, in die Kundenliste eintragen lassen. An diesen Händler ist er für die Geltungsdauer der jeweilig ausgegebenen Karte gebunden. Die Karten für Auslandsfleisch sind nur bei dem Fleischer anzumelden, durch welchen die Belieferung der Inlandsfleischkarten geschieht.

Die Anmeldung beim Händler hat bis spätestens den 22. Juli zu erfolgen.

§ 4. Kleinhändler.

Der Kleinhändler bzw. der Fleischer hat

- a) den Anmeldebchein sowie den Kontrollschein mit seinem Firmenstempel oder Namensunterschrift zu versehen.
b) die Nummern der Karten, sowie Namen und Wohnort der Inhaber in die für Auslandslebensmittel besonders zu führende Kundenliste einzutragen,
c) den Anmeldebchein abzutrennen und sobald
d) den Kontrollschein mit Bezugsmarken an den Anmeldenden zurückzugeben,
e) die Anmeldebcheine sofort, spätestens aber bis zum 24. Juli bei der von ihm gewählten Handelsstelle, der Fleischer bei seinem Hauptschlächter mit dem vorgeschriebenen Lieferschein einzureichen,
f) die Anmeldebcheine sind zu je 100 Stück getrennt nach Farben zu bündeln.

§ 5. Handelsstelle und Hauptschlächter.

Die von der Amtshauptmannschaft zugelassenen Handelsstellen sind:

- Firma C. R. Naumann, Meissen, als Bezirkszentrale,
Konsumverein Meissen,
Weinböhl,
Rosen,
Kolonialwarenhandels-Verein, e. G. m. b. H., Meissen,
sowie die diesem angeschlossenen Händler des Bezirkes, deren Belieferung jedoch nur durch Vermittlung ihrer Organisation erfolgt.

Für die Fleischverteilung sind als Handelsstellen die 14 Hauptschlächter des Bezirkes bestellt. Die Handelsstellen beim Hauptschlächter haben die bei ihnen eingegangenen Anmeldebcheine auf der Rückseite mit ihrem Firmenstempel zu versehen und je zu 100 Stück nach Farben getrennt, gebündelt, mit dem vorgeschriebenen Lieferschein spätestens bis zum 26. Juli bei der Amtshauptmannschaft, Ernährungsamt, einzureichen.

Die Zuteilung erfolgt gegen Abgabe des ihnen von der Amtshauptmannschaft zugehenden Bezugsscheines ab Lager Meissen nach Maßgabe einer die Pflichten im einzelnen regelnden Anweisung.

III. Belieferung.

§ 6.

Auf ausdrückliche Anordnung des Reichsernährungsamtes darf die Abgabe des amerikanischen Weizenmehls nicht durch Bäckereigeschäfte erfolgen. Bäcker, die gleichzeitig Händler sind, dürfen keine Anmeldebcheine zum Bezug von Auslandsmehl entgegennehmen.

Die Abgabe der Auslandslebensmittel darf nur in der von der Amtshauptmannschaft bekanntgegebenen Zeit erfolgen.

Der Verbraucher darf die zur Verteilung gelangenden Auslandslebensmittel nur bei dem Händler oder Fleischer entnehmen, bei dem er die Anmeldung gemäß § 3 bemittelt hat.

Bei der Abgabe an den Verbraucher hat der Händler bzw. Fleischer die von der Amtshauptmannschaft bekanntgegebene Bezugsmarke abzutrennen und zu sammeln. Die bei jeder Verteilung vereinnahmten Bezugsmarken hat er sofort zu je 100 Stück getrennt nach Farben gebündelt mit dem vorgeschriebenen Lieferschein der zuständigen Handelsstelle einzusenden.

Die Handelsstellen und die Hauptschlächter haben die Abschnitte nach näherer Anweisung der Amtshauptmannschaft aufzubewahren.

§ 7.

Nach den Bestimmungen des Reichsernährungsamtes kann an Stelle von Auslandsmehl 94ziges Inlandsweizenmehl entnommen werden. Zum Bezuge solcher Mehles berechtigt nur die dafür eingeführte grüne Zusatzkarte für Inlandsweizenmehl. Diefelbe ist bei der Gemeindebehörde bei jedermaliger Ausgabe der Einfuhrzulasskarten unter Verzicht auf solche erhältlich. Nachträglicher Umtausch ist nicht statthaft.

Inlandsmehl ist nur bei den Bäckereien des Bezirkes ober der Stadt Meissen zu beziehen. Der Anmeldebchein der Karte ist von den Bäckern zu vereinnahmen und zur Festsetzung ihres Bezugsrechtes mit einem Lieferschein beim Ernährungsamt der Amtshauptmannschaft einzureichen.

Die Belieferung der aufgerufenen Bezugsmarken darf der Bäcker nur in der von der Amtshauptmannschaft bekanntgegebenen Zeit vornehmen.

Die vereinnahmten Bezugsmarken hat er mit der nächsten Brotmarkenablieferung an das Ernährungsamt der Amtshauptmannschaft besonders gebündelt abzuliefern.

§ 8.

Die Amtshauptmannschaft behält sich vor, bei den Handelsstellen wie bei den Hauptschlächtern Nachprüfungen durch mit Ausweis versehene Beauftragte vorzunehmen zu lassen.

Schlussbestimmungen.

§ 9.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung, sowie gegen die auf Grund derselben den Kleinhändlern und Handelsstellen zugegangenen besonderen Anweisungen (vergl. §§ 5 und 6) werden auf Grund von §§ 12, 15 und 17 Ziffer 2 der Bekanntmachung über Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1919 (RStBl. Seite 607) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1919 (RStBl. Seite 728) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Uebertretungen haben die Händler und Fleischer bei erwiesenen Unregelmäßigkeiten ihre Ausschließung von der Verteilung aller Lebensmittel zu gemärtigen.

§ 10.

Die vorstehende Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Meissen, am 19. Juli 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

In der Bekanntmachung des Kommunalverbandes Meissen-Land über Fleischversorgung (Nr. 437 II L.) in Nr. 161 des Tageblattes vom Mittwoch den 16. d. M. muß es im zweiten Abschnitt heißen: „Der Kleinhandelspreis für ein Pfund amerik. Schweinefleisch beträgt 4,06 Mark.“

Verteilung gebrauchter Militär-Schlafdecken.

Der Amtshauptmannschaft ist ein Posten gebrauchter Militär-Schlafdecken zugewiesen worden, die hauptsächlich für die Landwirtschaft gut verwendbar sind.

Die Decken können, solange der Vorrat reicht, bei der Firma Oscar Böhlend Nachf. Meissen, Vorbrückerstraße, gegen sofortige Bezahlung entnommen werden. Bezugsausweis ist nicht erforderlich.

Meissen, am 17. Juli 1919.

Nr. 902 II N

Die Amtshauptmannschaft.

Ab Montag marktfreier Verkauf von Auslands-Kartoffeln bei Breuer, am Wilsdruff, am 18. Juli 1919. Der Stadtrat - Kriegswirtschaftsabt.

Gärungen in der Landarbeiterschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Auch die Mehrheitssozialisten fordern jetzt zu Demonstrationen am 21. Juli auf.
\* Aus dem Berliner Volksrat sind Mehrheitssozialisten und Demokraten ausgetreten.
\* Die Reichsregierung erläßt eine Warnung gegen die Loslösungsbestrebungen in Vorkriegsland.
\* Zur Abwehr des Generalfreist. in Stettin der Bürgerstreik erklärt worden.
\* Die letzten Deutschen aus Saloniki, 1000 Mann, sind in Wilhelmshaven eingetroffen.
\* Die bulgarische Friedensdelegation trifft am 25. Juli in Paris ein.
\* Nach Meldungen aus Paris wird die Entente auf die Briefe Hindenburgs und Bethmann Hollwegs antworten.
\* Im New Yorker Saal streiken sämtliche Arbeiter. 400 Schiffe liegen fest.

Bruderzwist.

Es hilft alles nichts: der Streit inmitten des deutschen Volkes trift immer weiter um sich, so viel auch zur Einigkeit und Verträglichkeit, zur Sammlung aller Kräfte an Stelle ihrer unausgesetz fortwährenden Zerspaltung und Zählung ermahnt wird. Selbstverständlich, daß die revolutionären und die nicht revolutionären Parteien einander feindlich in den Haaren liegen - wer hätte in dieser Beziehung jemals etwas anderes erwartet? Selbstverständlich auch, daß die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen in intensiver Feindschaft verharren, weil der Wettbewerb um die Gunst der Massen keinerlei Unbefangenheit zwischen ihnen aufkommen läßt. Aber weniger naturgemäß schien vielen schon der Zerfall der Mehrheitsparteien, der Austritt der Demokraten aus dem Regierungslager, der die Konart unter den ehemaligen Kampfgenossen auch nicht gerade verbessert hat. Nun blieb nur noch übrig, daß Sozialdemokraten und Zentrum sich vertragen und als äußerste Stufe der Völkung, daß die mächtig ins Kraut gewachsene Sozialdemokratie in ihrem eigenen Schoße das Zentrum bekam. Und siehe da: auch dieses Schauspiel dürfen wir heute nicht gesehen. Alle Möglichkeiten selbstmörderischer Entzweiung sollen,

so scheint es, in Deutschland bis auf den letzten Stein ausgeschöpft werden. Zunächst also die Sozialdemokratie und das Zentrum. Als man sich noch in Preußen - und anderswo - über die Absonderungsgelüste der Rheinländer entrüstete, bei denen namhafte Zentrumsführer in Köln und Koblenz und Aachen an der Spitze standen, da mühten diese sich von ihren sozialdemokratischen Nachbarn die schärfsten Wahrheiten sagen lassen. Jetzt können sie den Spieß umdrehen, denn kein geringerer als der sozialdemokratische Ministerpräsident von Hessen hat - es ist unglücklich, aber es ist leider nackte Tatsache - mit dem General Wangin über die Gründung einer großhessischen Republik verhandelt, in die auch preussische Landesteile einbezogen werden sollen. Darüber ist es bereits in Weimar, hinter den Kulissen, zu sehr erbaulichen Anseinandersetzungen gekommen. Herr Ulrich wurde dort sehr kräftig ins Gebet genommen, und es scheint, daß er für die Zukunft Befehring gelobt hat. Am Mittwoch mußte er indessen auch den Born der preussischen Landesversammlung über sich ergehen lassen. Es wurde ihm vorgehalten, daß er sich offenbar von den Franzosen nach allen Regeln der Kunst habe einfeilen lassen, und das Zentrum sprach von der doppelten Moral der Sozialdemokratie, die genau das gleiche tue, was sie anderen Leuten eben erst mit der größten Entrüstung zum Vorwurf gemacht habe. Die Regierung veräumte natürlich nicht, auch vor diesen Abplünderungsstendenz mit allem Nachdruck zu warnen. Wenn sie auch davon überzeugt sei, daß die heftigen Herren nicht die Absicht gehabt hätten, die Hilfe der französischen Besatzung für die Loslösung preussischer Gebiete in Anspruch zu nehmen, so müßte sie doch schon in der bloßen Erörterung solcher Pläne vor einem französischen General mindestens einen schweren Mißgriff sehen. Der Reichsministerpräsident habe den Wunsch geäußert, daß solche Fragen nicht wieder vor den Augen der Ententebesatzung berührt werden möchten. Herrn Ulrich werden die Ohren gestungen haben. Aber auch dem heftigen Zentrum, von dem in der gleichen Sitzung behauptet wurde, daß es eifrig an den Abtrennungsbestrebungen beteiligt sei. Wie die Stimmung zwischen den Regierungsparteien gegenwärtig ist, beweist ein Auspruch des Mehrheitssozialisten Weber, der erklärte, denjenigen Kollegen zustimmen zu müssen, die da sagten: wer sich in die Hände des Zentrums begibt, der ist verloren. Auch bei seiner

Partei gebe es eine Grenze, wo sie sagen müßte: Regiert Ihr allein, uns ist der Welchmak am Regieren verdorben. Zum Überfluß fügte dann auch noch ein demokratischer Redner aus dem Westen hinzu, daß das Zentrum in dem Rheinländern Landesverrat treibe, und ein Unabhängiger leistete sich gar den Scherz, die Zentrumsherren als „die jämmerlichen Spartalisten“ zu kennzeichnen. Allerdings, die Sache ist viel mehr angetan zum Weinen als zum Wipern machen. Aber ist hier ein sozialdemokratischer Ministerpräsident vor aller Öffentlichkeit durch einen anderen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten abgelangelt worden, so find wir damit doch noch lange nicht am Ende. Jetzt kommt erst noch der eigentliche Bruderzwist im sozialen wöchentlichen Sinne: die sozialdemokratische Fraktion in Preußen sagt der sozialdemokratischen Fraktion in Weimar den Kampf an wegen des Schuldenkompromisses mit dem Zentrum. Herr Heine, der Minister des Innern, sucht über dieses auch ihm offenbar sehr unwillkommene Subhandelswert mit der Bemerkung hinwegzugleiten, Reichsrecht geht nun einmal vor Landesrecht. Indessen sein Vorgesetzter Haenisch scheint die Sache etwas ernster aufzufassen. Er hat der Fraktion sein Ministeramt zur Verfügung gestellt, da er die Bindung des Kompromisses, bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die konfessionellen Schulen in Preußen unentändert fortbestehen zu lassen, unter keinen Umständen mitmachen könne. Unter keinen Umständen - das klingt recht kriegerisch, und die Preußenfraktion wird damit vor eine heikle Entscheidung gestellt. Zwist und Zerfall, wofür wir auch blicken - anders läßt die Gesamtlage in Deutschland sich heute auch beim besten Willen nicht kennzeichnen.

Der 21. Juli!

Demonstrationen oder Generalfreist?

Berlin, 17. Juli.

Für den 21. Juli ist bekanntlich von den Sozialisten in Frankreich, England und Italien als Protest gegen den Entente-Imperialismus ein 24stündiger Generalfreist beschlossen worden. Diesen Gedanken griffen die Unabhängigen in Deutschland gleich auf und forderten ihrerseits für den gleichen Tag zu Demonstrationen auf unter der Firma „Friedensfeier“. In seiner gestrigen Abendausgabe bekämpfte der Vorwärts diesen Plan und sprach sich gegen



die Beteiligung des deutschen Proletariats an diesen Demonstrationen der Entente-Sozialisten aus. Aber Nacht änderte sich aber die Haltung der Mehrheitssozialisten und der Parteivorstand fordert nun gleichfalls zu Demonstrationen am 21. Juli auf gegen „das Treiben der Reaktionen“ und gegen die „katastrophale Politik der Unabhängigen und Kommunisten“. Ob es sich bei all dem lediglich um Demonstrationen eines Teiles der Arbeiter oder auch um einen 24stündigen Generalstreik handelt, ist nicht klar erkennbar. Möglicherweise aber wird das eine die Folge des anderen sein.

## Bürgerstreik in Stettin.

Verhandlungen mit den Landarbeitern.

Berlin, 17. Juli.

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontore sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Volkshäuser. Auch die Ärzte verweigern die Hilfeleistung. Das Elektrizitätswerk ist in Betrieb, dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenpumpen waren mittags bereits meist leer.

Bis in die Mittagsstunden ist der Eisenbahnverkehr nicht wesentlich gestört worden. Auch die Postbeamten tun Dienst. Indessen ruht der Dampferverkehr nach den Seebädern, da die Streikenden erklärten, daß sie die Abfahrt der Dampfer mit Gewalt verhindern würden. Auch in Stralsund hält der Bürgerstreik noch an, während er in Greifswald auf 24 Stunden verschoben wurde, weil man das Ergebnis der Stettiner Einigungsverhandlungen abwarten will.

Auf dem Wege zum Vergleich.

Aus Stralsund waren Vertreter des Magistrats, der Bürgerlichkeit und der Arbeiter in Berlin eingetroffen, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. Sie haben sich mit den Regierungskommissaren Dr. Mauer und Krugwitz nach Stettin begeben, wo heute unter Teilnahme von Vertretern aller Gruppen Einigungsverhandlungen stattfinden sollen. Man hofft noch heute eine Lösung zu finden, die alle Teile befriedigt und den sommerlichen Landarbeiterstreik beendet.

Mit russischem Gelde.

Wie von ausländischer Seite erklärt wird, sind in letzter Zeit vielfach russische Agenten in Pommern aufgetaucht, die keine Mittel scheuen, um lebend und aufreizend auf die Landbevölkerung einzuwirken. Denselben Zwecke diene auch ein wirtschafliches Flugblatt, das massenhaft auf dem Lande verbreitet worden ist und den Bauern wer weiß was verspricht.

## Deutsche Nationalversammlung.

50. Sitzung. Weimar, 17. Juli.

Zu Beginn der heutigen Sitzung weist Präsident Feilerbach darauf hin, daß das Verleihen schriftlich abgefaßter Nebenurteile den Mitgliedern gestattet sei, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Er vertritt sich von der Innehaltung dieser Bestimmung, die mit Rücksicht auf die vielen Reklame bisher nicht streng gehandhabt worden sei, eine Abänderung der Verhandlungen.

Abstimmungen über die Ehe.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird dann mit der Abstimmung über die Artikel 118 und 119 fortgesetzt. In Bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der demokratischen Partei beschlossen, „die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung, die Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ (Die Vorlage lautete über die Mutterschaft nicht.) In Bezug auf die unehelichen Kinder wird der Antrag der Unabhängigen, wonach das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen soll, abgelehnt, dagegen der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch für amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, durch Ausschüttung mit 133 gegen 133 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den unehelichen Kindern rechtlich gleichsetzen sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag derselben Partei, wonach das uneheliche Kind das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder hat, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag der Demokraten: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und geistliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“ Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung angenommen: Die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: „Die Gründung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“

Schutz der Jugend.

Artikel 120 bestimmt: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistliche oder körperliche Vernachlässigung zu schützen. Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.“ Nach längerer Aussprache, bei der es teilweise sehr lebhaft geht, wird Artikel 120 mit der Abänderung nach dem Antrag Agnes und Gen., daß Staat und Gemeinden, nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen.

Es folgt dann die Beratung des § 121, der die Versammlungsfreiheit behandelt. Er wird unverändert angenommen.

Das Beamtenrecht.

Artikel 127 regelt die Anstellung der Beamten, die im allgemeinen auf Lebenszeit erfolgt. Für Ruhegehalt ist gesetzliche Regelung vorbehalten. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind unverletzlich. Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird. Nach längerer Aussprache des Reichskommissars Dr. Preuß und einer lebhaften Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligen, werden die Bestimmungen über das Beamtenrecht angenommen.

Der Antrag der Unabhängigen, die Beamten durch Wahl zu ernennen, wird abgelehnt, ein sozialdemokratischer Antrag, der alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden soll, angenommen.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsche Nationalversammlung wird, wie aus Weimar gemeldet wird, noch mindestens drei Wochen Sitzungen abhalten und neben der Verfassung alle Steuer- und Wirtschaftsverhältnisse. Die Sommerpause soll bis Anfang Oktober ausgedehnt werden; nach der Pause tritt die Nationalversammlung in Berlin zusammen. Die Verträge mit dem Nationaltheater in Weimar sind bereits gelöst worden.

• Schadenersatz und „Strafe“ für den toten Sergeanten. Wie verlautet, soll Reichsrat Koch von der deutschen Regierung die sofortige Zahlung von 100 000 Mark Schadenersatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine „Strafe“ von 1 Million Mark verhängt. Es handelt sich um die bekannte Tötung des Sergeanten Hammerheim in Berlin.

• Politisch anderdenkende Beamte und die Regierung. Der Staatsanwaltschaft hat einer Gesetzesvorlage zugestimmt, die sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort ihren Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

• Keine Zwangsarbeiter für Nordfrankreich. Von zuständiger Stelle in Weimar wird bemerkt, daß zum Wiederaufbau Nordfrankreichs deutsche Arbeiter zwangsweise verschickt werden würden. Die Regierung ist vielmehr schon seit Monaten bemüht, freie Arbeiter für den Zweck zu bekommen.

## Italien.

• Beschleunigte Ratifizierung des Friedens. In italienischen diplomatischen Kreisen ist man jetzt von der Notwendigkeit der schnellen Ratifizierung des Friedens überzeugt. Besonders sprechen dafür die vollkommen verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens. Über die Entschädigung wird erklärt, daß an Frankreich 50 %, an Italien 12 % und der Rest an die anderen Beteiligten verteilt wird, mit Ausnahme von Amerika, das seinen Anteil bereits durch die deutschen Handelschiffe in amerikanischen Häfen und anderes deutsches Eigentum in Amerika, im Werte von zusammen sieben Milliarden, gedeckt habe.

## Welt- und Volkswirtschaft.

• Die Rationierung des Petroleums. Der Minister für Handel und Gewerbe hat angeordnet, daß die Verteilung von Petroleum für Kleinbeleuchtungs Zwecke solange den Kommunalverbänden überlassen bleiben soll, bis feststeht, daß genügend Leuchtöl zur Deckung von mindestens 50 % des Bedarfs für den nächsten Winter vorhanden ist oder mit Sicherheit eingeführt werden wird. Um außerdem für die Wintermonate eine genügende Menge Leuchtöl anzusammeln, ist die Abgabe von Petroleum für Leuchtzwecke, wie im Vorjahr, bis zum 31. August verboten. Nur die Deckung des behördlichen und gewerblichen Bedarfs, einschließlich des Bedarfs der Landwirtschaft, bleibt, wie im Vorjahr, unberührt.

• Neue 50-Pfennig-Stücke. Es ist beabsichtigt, neu gezeichnete 50-Pfennig-Stücke auszugeben, um dem immer lässlicher werdenden Mangel an solchen Kleinmünzen abzuwehren, die an Stelle des jetzt stark benutzten Papiergeldes treten können. Die Metallmischung oder das Metall — es kommen namentlich Aluminium, Zinn oder auch Kupfer als Mischung in Betracht — steht noch nicht fest, ebenso wenig die Ausführung der neuen Münzen; die Ausprägung wird aber jedenfalls nicht in Silber erfolgen. Es dürfte ein größerer Kosten solcher Geldstücke in Auftrag gegeben werden, der sich auf mehrere Millionen beläuft. — Der Ankauf der einzuziehenden 50-Mark-Scheine auf grauem Rand ist zunächst für die Scheine zu erwarten, die das Datum „20. Oktober 1918“ tragen.

• Freier Postverkehr mit Amerika. Der amerikanische Generalpostmeister gibt bekannt, daß der Postdienst zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland fortan ohne jegliche Beschränkung wieder aufgenommen wird. Die für alle Teile Deutschlands bestimmten Briefe sollen auf der gleichen Grundlage wie die Postpakete der anderen Länder des internationalen Postvereins angenommen und befördert werden. Über Holland, Dänemark und Norwegen wird eine direkte Schiffsverbindung zur Beförderung der Post eingeführt.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

### Die amerikanischen, japanischen und italienischen Delegierten gegen den Kaiserprozeß.

Aus dem Haag, 18. Juli. (tu.) Wie die Chikago Tribune aus Paris meldet, haben sich die amerikanischen, japanischen und italienischen Delegierten offiziell gegen den Kaiserprozeß ausgesprochen. Die Franzosen seien darüber sehr entrüstet.

### Zugeständnisse der polnischen Regierung an die deutschen Beamten.

Thorn, 18. Juli. (tu.) Ein deutscher Vertreter teilte in einer Beamtenversammlung mit: Die polnische Regierung erkennt an, daß sie auf die Unterstützung sämtlicher deutschen Beamten abgewiesen ist, da Kongreßpolen und Galizien keinen Erfolg stellen können. Die Beamtengehälter würden voraussichtlich höher als in Preußen sein. Die Amtssprache wäre polnisch, doch wird in dem abzutretenden Gebiete die deutsche Sprache neben der polnischen belassen, zunächst sogar vorherrschend Amtssprache sein.

### Der neue Geschäftsträger in Wien.

Wien, 18. Juli. (tu.) Nach dem Rücktritt des Geschäftsträgers Wedell ist Prinz Stolberg-Wernigerode als Geschäftsträger bei der deutsch-österreichischen Regierung beglaubigt worden.

### Vorkäufiger Verbleib der Regierungstruppen in Hamburg.

Hamburg, 18. Juli. (tu.) Die Verlegung der Regierungstruppen aus Hamburg-Altona ist infolge des für heute proklamierten Generalstreiks verschoben worden. Der Belagerungszustand über Hamburg bleibt auch nach dem Abbruch der Regierungstruppen bestehen.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, 18. Juli 1919.

### Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag den 17. Juli 1919 abends 6 Uhr.

Anwesend die Herren Stadträte Dr. Kronfeld und Schlichtemayer und 12 Herren Stadtverordnete.

Herr Vorsteher Oberlehrer Hienrich gab zunächst bekannt, daß der 1. Nachtrag zum Ortsfeuergesetz für Wilsdruff und der Kauf der Pratoriuschen Ziegelei von der Kreisbauhauptschaft genehmigt worden sind. Zustimmung

nahm man Kenntnis von der durch den Rat erfolgten Wahl des Sparkassenassistenten Schröder in Rochlitz zum Assistenten der hiesigen Sparkasse und pflichtete nach ausgiebiger Debatte schließlich mit 6 gegen 6 Stimmen dem Ratsschluß bei, Herrn Ratsschreiber Lehmann auf ein diesbezüg. Gesuch für während der Jahre 1914—16 durch Abwesenheit des Bürgermeisters gebaute außerordentliche Mehrarbeit mit 500 Mk. zu entschädigen. Bei Gelegenheit der Erhöhung der Gebühren der hiesigen Heimbürgerin um 100% fand ein Antrag Bombach, den Rat zu ersuchen, beim Kirchenvorstand dahin zu wirken, daß die ganze Klasseneinteilung bei Bestattungen abgeschafft wird, allseits Sympathie und Zustimmung. Dann standen die Baukostenübertragungszuschüsse zur Verhandlung. Nachdem drei anderweitige Gesuche wieder zurückgezogen waren, war über das der Gemeinnützigen Baugesellschaft in Höhe von 201 544 Mk. allein zu entscheiden. Das Projekt, das außer der staatlichen diesen städtischen Zuschuß erfordert, sieht die Gewinnung von 98 Wohnungen vor, doch wird sehr daran gezweifelt, daß man für das gesamte Projekt die staatlichen Zuschüsse genehmigt bekommt. Herr Lohner führte dazu aus, daß er den Bestrebungen der Baugesellschaft sehr sympathisch gegenüberstehe, aber mit der Höhe der auf einmal geforderten Summe könne er sich nicht einverstanden erklären. Die Zeiten könnten sich sehr schnell wieder einmal ändern und wenn man jetzt erst 100 000 Mk. bewillige, könne man später immer wieder darauf zurückkommen. Herr Stadtrat Dr. Kronfeld bemerkte, daß man nicht anders könne und den ganzen Betrag bewilligen müsse. Schon um den Staatszuschuß in möglicher Höhe zu erlangen, denn die Wohnungsnot sei nicht nur schlimm und werde noch schlimmer, sie werde bei den nächsten Vierteljahrsanfängen geradezu katastrophal und die Stadt habe die Verpflichtung, für Unterkommen zu sorgen. Dem erwiderte Herr Stadtrat Lohner, daß die Schaffung von Wohngelegenheit in erster Linie durch festes Zugehen der Wohnungscommission zu erreichen gesucht werden möchte. Ueber den Plan des Ausbaues der Ziegelei zu Wohnungen gab Herr Stadtrat Schlichtemayer Aufschluß. Wenn man der Idee als solcher erst sympathisch gegenüber gefunden hätte, nach der an Hand der angefertigten Pläne und Kostenschätzungen festzustellenden Beschäftigung komme man zu der Überzeugung, daß die für Ausführung dieses Projektes notwendigen 100 000 Mark nicht haushälterisch angelegt seien, da es ja nur ein Nothelfer sei. Dem schloß sich auch Herr Stadtrat Berthold an und empfahl, lieber das Projekt der Baugesellschaft zu unterstützen, da dadurch etwas Stabiles und Dauerhaftes geschaffen werde. Herr Stadtrat Sinemus bezweifelte, ob die Baugesellschaft in kürzester Zeit bezügliche Wohnungen fertigstellen könnte und empfahl zur Abhilfe der dringendsten Not den Ausbau wenigstens eines Teiles der Ziegelei. Nach langer Aussprache fand schließlich ein Antrag Lohner, der Baugesellschaft 100 000 Mark Uebertragungszuschüsse zu gewähren, keine Unterstützung, der Beschluß des Rates, die geforderten 201 544 Mark zu genehmigen, gegen 1 Stimme Annahme unter der Bedingung, daß der Stadt an den Grundstücken der Baugesellschaft das Verkaufrecht eingeräumt wird; ein Antrag Sinemus, auch Mittel für den Ausbau der Ziegelei bereitzustellen, fand wenig Gegenliebe. Ein Beschluß des Rates, Baukostenzuschüsse in Zukunft nicht mehr zu gewähren, wurde abgelehnt und beschlossen, die etwa noch eingehenden Gesuche von Fall zu Fall zu entscheiden und den Rat zu ersuchen, den Antrag zurückzuziehen. Herr Stadtrat Bombach beantragte die Preisfestsetzung der zur Verteilung kommenden Kartoffeln und forderte eine Ermäßigung für Kinderbewilligte, was Herr Stadtrat Dr. Kronfeld als für nächste Woche schon vorzulegen beabsichtigte. Dann erklärte Herr Stadtrat Lohner, daß er sein wenig verantwortungsvolles Amt als stellv. Schriftführer im Kollegium niederlege und für die nächste Sitzung, für die er sich eine kurze Begründung vorbehalte, um die Ansetzung der Neuwahl bitte. Mit der Bekanntgabe des § 6 der Geschäftsordnung durch den Vorsteher, wonach in der Zeit vom 15. Juli bis 16. August in der Regel keine Sitzungen stattfinden, ging das Stadtverordneten-Kollegium sozusagen „in die Ferien“.

— Die Fortsetzung des Romanes mußten wir leider für die nächste Nummer zurückstellen.

— Herr Wirtschaftsminister Schwarz sprach am Donnerstagabend in einer von der sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Wilsdruff, einberufenen Volksversammlung über „Aufbau und Ausbau im Volksstaat“. Abweichend vom eigentlichen Wortlaut des Themas gab der Vortragende (der, wie betont wurde, hier nicht als Minister, sondern als Parteimann sprach) eine Beleuchtung der Vorgänge in den letzten fünf Jahren, von der Kriegsurkunde, Kriegführung (U-Boot-Krieg) bis zum militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, der durch den Friedensvertrag vervollständigt sei. Ein Wiederaufbau ist nur möglich durch angestrengte, harte Arbeit. Ihm stehen entgegen der Wucher, Schleichhandel, die Schiebergeschäfte, wilde Lohnbewegungen und wilde Lebensmittelaufkäufe im Ausland, deren Gefahr er schilderte. Nicht die Luxuswaren brauchen wir, mit denen uns das Ausland zu überflutet versucht (und dafür Kali, chemische Erzeugnisse und andere wichtige Rohstoffe fordert), sondern in erster Linie Brot und Fleisch. Die soziale Neugestaltung des Wirtschaftslebens bedürfe Jahre zu ihrer Verwirklichung. Besonders nötig sei die soziale Erziehung jedes einzelnen zum Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Eine Nachprüfung und Umgestaltung des unbrauchbaren Friedensvertrages sei nur möglich durch die Welt-Arbeiterbewegung. — In der Aussprache trat Herr Referendar Förster vom Standpunkt des bürgerlichen Demokraten für eine soziale Demokratie ein, nicht durch gewaltsamen Umsturz, sondern durch gesetzmäßige Entwicklung.

— Kindergottesdienst. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Kindergottesdienst am Sonntag um 1 Uhr beginnt.

— Die Bewegung unter den sächsischen Landarbeitern. Wie unser Vertreter von unterrichteter Seite erfährt, lauten die Berichte, die über die Bewegung unter den sächsischen Landarbeitern heute hier eintreffen, keinesfalls bedrohlich. Infolge der Vorgänge in Mecklenburg und Pommern hat sich wohl auch in Sachsen da und dort Beunruhigung



gezeigt; die Bewegung hat jedoch bisher nirgends einen Umfang angenommen, der zu weitergehenden Beforgnissen Anlaß gäbe. Es ist anzunehmen, daß es den Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelingen wird, durch vertragliche Regelung der Landarbeitverhältnisse die Gefahren, die sich anderswo allerdings bereits in hohem Grade gezeigt haben, hintanzuhalten. Bereits vor mehreren Wochen sind seitens der sächsischen Regierung Grundsätze über die Geld- und Naturalienentlohnung, über die Arbeitsdauer, über die Ueberstunden und über die Wohnung aufgestellt worden. Diese Grundsätze sind dann in der Arbeitsgemeinschaft zur Annahme gelangt. Ferner sind die Amtshauptmannschaften angewiesen worden, in ihrem Amtsbezirk durch Errichtung von Bezirksarbeitsgemeinschaften diese Grundsätze auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Diese Organisation ist in guter Entwicklung begriffen, und man hofft, damit den gewünschten Erfolg zu erzielen. Ganz naturgemäß haben sich bei dem Neubau des ganzen Arbeitsrechts und der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande gewisse Schwierigkeiten und Reibungen gezeigt; es steht aber zu erwarten, daß extreme radikale Einsprüche sich bei einigermaßen gutem Willen sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zurückerdrängen lassen.

**Grumbach.** Auf das am Sonntag hier stattfindende Gustav Adolf-Fest, bei dem der Gottesdienst um 8 Uhr, die Nachversammlung im Erbgerichtsgasthofe 1/2 5 Uhr beginnt, sei mit der Bitte um allseitige Beteiligung hiermit aufmerksam gemacht.

**Meerane.** Von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtvorordnetenversammlung wurde die Gründung einer Einwohnerwehr für unsere Stadt abgelehnt, trotzdem Bürgermeister Dr. Kübiger mehrfach Gelegenheit nahm, auf die Notwendigkeit der Bildung einer Einwohnerwehr hinzuweisen. Er stellte es sogar der Arbeiterschaft anheim, die Mitglieder der Wehr in der Mehrzahl aus ihren Reihen zu entnehmen.

### Schöffengericht Wilsdruff

am 17. Juli 1919.

Wegen Urkundenfälschung angeklagt ist der Gutsbesitzer K. in T. Er nahm auf einer von der Amtshauptmannschaft ausgestellten Bescheinigungskarte zum Ankauf eines Pferdes Radierungen und Durchstreichungen vor und versuchte dann unter Benutzung der gefälschten Karte auf der Pferdeauktion in Reick ein zweites Pferd zu erlangen, obwohl er kein Recht dazu hatte. K. wird zu drei Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Für verbotswidrige Entnahme elektrischen Stromes, die nach der beeidigten Zeugenaussage des Prüfungsbeamten eine Viertel bzw. eine Halbestunde nach dem auf vier Uhr nachmittags festgesetzten Schlaf noch erfolgte, ertheilten K. und E. einen Strafbefehl in Höhe von je 80 Mark. Durch die von ihnen beantragte richterliche Entscheidung wird die Strafe auf je 50 Mark herabgesetzt.

Der Einspruch des Kaufmanns Dietz in Dresden gegen einen Strafbefehl des Amtsgerichts wird, weil der Angeklagte trotz formgerechter Ladung nicht erschienen ist, verworfen.

Frau Anna Minna Stein, jetzt wohnhaft in L., hatte in ihrer früheren Wohnung in Pieschen Möbel von einer Frau Urban zur Aufbewahrung. Nach dem Tode der Frau U. holten die erwachsenen Kinder die ihrer Mutter gehörenden Möbel ab, um sie als Erbe in eigenen Besitz zu nehmen. Erfolgte schon die Wegschaffung unter dem größten Widerspruch der Frau Stein, so beichtigte sie zu guter Letzt noch den Sohn der verstorbenen U., Ernst Louis Schmidt, des Diebstahls, indem sie angab, er habe auch ihr gehörende Möbel sich angeeignet. Die auch noch vor Gericht wiederholten falschen Beschuldigungen erwiesen sich nach mehrfachen Verwicklungen in den eigenen Aussagen und nach den glaubwürdigen Angaben der Zeugen als völlig haltlos. Das Schöffengericht erkennt auf 70 Mark Strafe oder 7 Tage Haft.

Eine Privatklage H. gegen die Eheleute B. endet

mit einem Vergleich, nachdem sich die Angeklagten bereit erklärten, die dem Kläger erwachsenen gerichtlichen und außergerichtlichen Auslagen tragen zu wollen.

Zehn Mark Strafe oder einen Tag Haft erhält der Gutsbesitzer F. in G. für die gegen den Geschworfener Jakobitz ausgesprochene Beleidigung: „Du Pinsel hast mir gar nichts zu sagen.“

### Kirchennachrichten

Am 5. Sonntag nach Trinitatis.

Predigtzeit: Apostelgeschichte 5, 34—42.

#### Wilsdruff.

Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Nachm. 3 Uhr Jahresfeier des Wilsdruffer Zweigvereins der evangel. Gustav Adolf-Stiftung in Grumbach.

#### Grumbach.

Kollekte für den Gustav Adolf-Verein. — Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 3 Uhr Gustav Adolf-Fest. — Nachm. 5 Uhr Nachversammlung im Gasthof.

#### Kesselsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Deber). — Nachm. 1 Uhr Unterredung mit den Jungfrauen. — Nachm. 2 Uhr Taufen.

#### Sora.

Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst mit Missionsbetrachtung und Sammlung. — Vorm. 1/2 10 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 3 Uhr Gustav Adolf-Fest in Grumbach.

#### Limbach.

Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 3 Uhr Gustav Adolf-Fest in Grumbach.

#### Blankenstein.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 1/2 10 Uhr Kindergottesdienst.

### Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schanze in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Gärtner. Für den Inseratenteil: Arthur Schanze, beide in Wilsdruff.

Gestern früh 2 Uhr verschied nach kurzem Krankenleiden mein herzenguter Gatte, unser lieber Vater

der Privatus

**Karl Eduard Schumann.**

Dies zeigt tiefbetrübt an

Klipphausen, am 17. Juli 1919

Die tieftrauernde Gattin  
nebst Kindern und Angehörigen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag nachmittag 1 Uhr vom Trauerhause aus.

Die infolge des ungünstigen Wetters ausgefallene  
**Partie nach Meißen**  
findet nunmehr am Sonntag den 20. Juli statt. Abfahrt 11,21 Uhr Bahnhof Wilsdruff.

**Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität“**  
Ortsgruppe Wilsdruff  
Sonabend den 19. Juli von 6 Uhr an

**Familienabend**  
verb. mit Ball u. Kotillon im Gasthof Klipphausen.  
Gäste willkommen.  
Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

**Gasthof Klipphausen.**

Sonntag den 20. Juli

**Grosser Fest-Ball**  
Feier der 20. Wiederkehr der Saalweihe.  
Abends 10 Uhr Polonaise.

Karussellbelustigung.  
Hierzu ladet freundlichst ein **Otto Schöne.**

**Gasthof Kaufbach**

Sonntag den 20. Juli von abends 7 Uhr an

**fein. Damenball**  
wogu freundlichst einladet **H. Füllkrug.**

**Gasthof Steinbach**  
bei Kesselsdorf.

Sonntag den 20. Juli

**Grosse öffentliche Ballmusik**  
wogu freundlichst einladet **Kurt Göpfert.**

### Todesanzeige.

Heute früh 1/2 8 Uhr entschlief sanft und ruhig nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden plötzlich und unerwartet meine liebe, gute Gattin, Tochter und Schwester, unsere treusorgende, aufopfernde Mutter

**Frau Lina Ida Busch**

geb. Schröder

im Alter von 48 Jahren.

Wilsdruff und Hennig, am 17. Juli 1919.

In tiefster Trauer

Gatte und Kinder, Mutter und Schwester.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

## Zur besonderen Beachtung!

In letzter Zeit werden die ausgeführten Schuhreparaturen und Neuanfertigungen zum Teil von unserer Rundschaff aus Stadt und Land ohne sofortige Bezahlung abgeholt.

Der Schuhmachermeister muß das Leder und die Schuhwaren, das in letzter Zeit um 60 Prozent gestiegen ist und noch weiter steigt, selbst auch wenn nächstes Jahr ausländische Schuhwaren eingeführt werden, sowie alle Rohmaterialien sofort, in den meisten Fällen aber im voraus bezahlen, weshalb ein Kredit nicht gegeben werden kann.

Wir weisen deshalb unsere Rundschaff höflich darauf hin, daß von heute an laut einstimmigem Beschluß unserer Innungsversammlung vom 14. Juli 1919 **Schuhwaren und ausgeführte Reparaturen ohne sofortige Bezahlung nicht mehr verabreicht werden.**

**Sämtliche Schuhmachermeister von Stadt u. Land der Schuhmacher-Innung Wilsdruff.**

Einheitsverbd. d. Kriegsbeschädigten Deutschlands Ortsgr. Wilsdruff u. Umg.  
Sonntag nachmittag

Gemeinsam. Spaziergang mit Familien nach Köhresdorf, das. Versammlung. Treffpunkt 3 Uhr Tonhalle.  
D. V.

Getrocknete Rosenblätter 1 Kilo bis 7 Mark läuft jedes Quantum  
Gasthof zur Krone, Kesselsdorf.

**Lehm**

kann abgefahren werden  
Nake, Bismarckstraße.

**Oldenburger und Wesermarsch Milch- und Zuchtvieh-Verkauf.**

Von Montag den 21. Juli dieses Jahres ab stellen wir einen großen Transport prima hochtragender und abgekalbter

oldenburger und ostfriesischer Kühe und Kalben

sowie eine Anzahl erstklassiger, deckfähiger

**Zuchtbullen**

(alles Herdbuchtiere) im Alter von sechs Monaten bis 1 1/2 Jahren bei uns zum Verkauf.

Meißen, am Bahnhof. Max Riesel. Fernsprecher 393. Inh.: E. de Lewie & H. Stoppelmann.

**Binde- u. Strohpressen-Garne**

garant. reine Langhanffaser, liefert bei sofort. Bestellung  
**Rich. Schneider,**  
Seilermeister.

**la. Reiskärke**  
in Stücken, sowie

**Toiletteseife**

in Tuben, vorzüglich schäumend, Std. 2 Mk., empfiehlt  
**Artur Ambos,**  
Grumbach.

**Achtung!**

**Guter Nebenverdienst!**

Wir haben Sprengkultur-Meister mit unserem vielbegehrten Komperit-C-Sprengkultur-Verfahren **kostenlos** aus. Ein Tag genügt. Sprengungen von Baumstubben, Baumpflanzgruben, Tieflockerung harter Bodenschichten usw. **kostenlos** Auskunft. Postkarte genügt.

**Dresdner Dynamitfabrik A.-G., Dresden.**

Ein Paar neue

**Militärstiefel**  
sind preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. unter 4809.

Suche zum 1. 8. kräftiges, zuverlässiges, kinderliebendes

**Mädchen**  
vom Lande; 16—18 Jahre.

Kunstmaler **Vindner,**

**Niederwartha,**

Tännichtgrundstr. 6h.

**Caschensfahrplan**  
der Strecken Wilsdruff—Dresden, Wilsdruff—Nossen und Wilsdruff—Meißen, Stück 15 Pfennige.

**Tageblatt.**